



RECHNUNGSHOF  
RHEINLAND-PFALZ

---

Speyer, den 9. Februar 2010

**Sperrfrist: 9. Februar 2010, 10:30 Uhr**

## **Vorstellung des Jahresberichts 2010 - Unterlagen für die Pressekonferenz -**

Seinem Verfassungsauftrag entsprechend fasst der Rechnungshof das Ergebnis seiner Prüfungen, soweit es für die Entlastung der Landesregierung von Bedeutung sein kann, jährlich in einem Bericht an den Landtag zusammen, den er auch der Landesregierung zuleitet.

Der Jahresbericht 2010 bezieht sich auf die vom Ministerium der Finanzen im Dezember 2009 vorgelegte Haushaltsrechnung 2008 und die vom Rechnungshof im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung geprüften Sachverhalte.

Der Jahresbericht 2010 steht am 9. Februar 2010, 10:30 Uhr, im Internet unter [www.rechnungshof-rlp.de](http://www.rechnungshof-rlp.de) als pdf-Datei bereit. Auskünfte erteilt Herr Herle, Telefon: 06232/617-138, E-Mail: [Poststelle@rechnungshof.rlp.de](mailto:Poststelle@rechnungshof.rlp.de).

# Pressemitteilung

"Fast 1 Mrd. € neue Schulden hat das Land 2008 allein für den Kernhaushalt aufgenommen, obwohl die Steuereinnahmen so hoch waren wie noch nie!", dies stellte Klaus P. Behnke, Präsident des Rechnungshofs, bei der Vorstellung des Jahresberichts fest.

Die Steuereinnahmen stiegen 2008 auf ihren Höchstwert: 9,2 Mrd. €. Trotzdem nahm das Land zum Ausgleich des Kernhaushalts neue Schulden (Netto-Kreditaufnahme) von 989 Mio. € auf. Damit stieg die Gesamtverschuldung (einschließlich Landesbetriebe) auf 28,7 Mrd. €.

Zu diesem hohen Kreditbedarf trug auch die Bildung einer so bezeichneten "Konjunkturausgleichsrücklage" von 177 Mio. € bei. Diese Rücklage stellt keine Vorsorge dar, da lediglich Ausgabeermächtigungen in die Folgejahre übertragen wurden.

Der Schuldenanstieg verstärkte sich 2009 und wird sich 2010 infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise weiter beschleunigen. Nach dem vorläufigen Ergebnis kamen 2009 fast 1,6 Mrd. € neue Schulden dazu und für 2010 sind sogar mehr als 2,3 Mrd. € geplant. Ende 2010 werden mehr als 33 Mrd. € Schulden kommende Generationen belasten. Jede Milliarde langfristig finanzierter Schulden kostet den Steuerzahler mehr als 30 Mio. € Zinsen jährlich.

Das Grundgesetz schreibt den Ländern ab 2020 einen Haushalt ohne strukturelle Neuverschuldung vor. Dies kann Rheinland-Pfalz nur erreichen, wenn zeitnah ein tragfähiges Konzept zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt wird. Hierbei muss der Schwerpunkt der Bemühungen auf der Ausgabenseite liegen, da die Steuereinnahmen des Landes - auch konjunkturabhängig - nur begrenzt gestaltbar und die Abgabenbelastungen der Bürger nicht beliebig erweiterbar sind.

Die Finanzierungslücke, die sich seit 1998 durchschnittlich auf mehr als 1 Mrd. € jährlich belief, ist ein Indiz für ein hohes strukturelles Defizit, das sich nicht von heute auf morgen schließen lässt. Das Land hat nur noch zehn Jahre, strukturbedingte Finanzierungslücken abzubauen.

Da die Haushalte 2009 und 2010 durch hohe Ausgaben geprägt sind, wird die danach notwendige Konsolidierung von allen Betroffenen umso einschneidender empfunden werden. Auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ab 2020 sollte das Land sich aber nicht von einem strikten Konsolidierungskurs abbringen lassen.

Die Prüfungen des Rechnungshofs können zwar nur einen kleinen Teil des Gesamthaushalts erfassen. Aber sie zeigen Jahr für Jahr, dass Aufgaben - ohne Qualitätseinbußen - mit weniger Personal erledigt werden können und zu großzügig mit Landesmitteln umgegangen wird. Auch der aktuelle Jahresbericht enthält zahlreiche Feststellungen und Empfehlungen, wie die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes verbessert werden kann. Wenn das Land es ernst nimmt mit der notwendigen Konsolidierung, muss es diese Empfehlungen konsequent umsetzen.

## Ergänzende Informationen zu ausgewählten Beiträgen

### 1 **Haushaltslage des Landes - dramatischer Anstieg der Schulden**

Mit fast 9,2 Mrd. € nahm das Land 2008 mehr Steuern ein als je zuvor. Grund war die gute Konjunktur. Allerdings nutzte das Land diese Situation nicht, um seine Neuverschuldung deutlich zu verringern.

Die Jahre 2009 und insbesondere 2010 stehen unter dem Einfluss der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Folge: Das Land nimmt erheblich weniger Steuern ein und leistet zusätzliche Investitionsausgaben, um die Konjunktur zu beleben. Einnahmen und Ausgaben klaffen somit noch weiter auseinander. Dies wird durch hohe neue Kredite ausgeglichen.

#### 1.1 **Haushalt 2008 - erhebliche Neuverschuldung trotz des höchsten Steueraufkommens**

In der **laufenden Rechnung** werden im Wesentlichen die Einnahmen aus Steuern, Gebühren und allgemeinen Finanzaufwendungen den Ausgaben für konsumtive Zwecke, wie Personal- und Sachausgaben, gegenübergestellt. Die laufende Rechnung schloss 2008 **lediglich** mit einem **Überschuss von 112 Mio. €** ab. Bemerkenswert: Im Jahr 2007 wurde hier noch ein Überschuss von 589 Mio. € erzielt, obwohl die Steuereinnahmen im Vergleich zu 2008 um 376 Mio. € niedriger waren.

S. 26/27

Der Überschuss von 112 Mio. € reichte bei Weitem nicht aus, um insbesondere die Investitionen zu finanzieren. Zur Deckung nahm das Land am Kreditmarkt **neue Schulden** (Netto-Kreditaufnahme) von **989 Mio. €** auf.

S. 32

S. 27 Hierzu trug auch die **außerplanmäßige Bildung** einer so bezeichneten **"Konjunkturausgleichsrücklage"** von **177 Mio. €** bei. Nach Auffassung des Rechnungshofs war die Rücklagenbildung rechtlich bedenklich. Sie erfüllt weder die Voraussetzungen der §§ 25 und 42 Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz noch war sie vom Notermächtigungsrecht des Ministeriums der Finanzen gedeckt. Die Rücklage stellt auch **keine Vorsorge** dar. Einnahmen ohne Kredite, die die Gesamtausgaben überstiegen hätten, standen für die Rücklagenbildung nicht zur Verfügung. Es wurde auch kein "Vermögen" gebildet, auf das in kommenden Jahren zurückgegriffen werden könnte. Letztlich wurden durch die Rücklagenbildung lediglich Ausgabeermächtigungen in die Folgejahre übertragen.

S. 38 Der hohe Kreditbedarf führte bis Ende 2008 zu einer **Gesamtverschuldung** von **28,7 Mrd. €**. Damit haben sich die Schulden gegenüber 1995 mehr als verdoppelt. Bei einer **Pro-Kopf-Verschuldung** von **6.369 €** lag das Land um mehr als **25 % über dem Durchschnitt** aller Flächenländer (5.082 € je Einwohner).

S. 39

## 1.2 Haushalt 2009 - höchste Neuverschuldung bisher

S. 27 Nach dem vorläufigen Ergebnis gingen 2009 die Steuereinnahmen um mehr als 800 Mio. € auf 8,3 Mrd. € zurück. Die laufenden Einnahmen waren um mehr als 660 Mio. € niedriger als die laufenden Ausgaben. Für den Kernhaushalt wurden **neue Schulden** von nahezu **1,6 Mrd. €** aufgenommen. Dies ist die bisher höchste Neuverschuldung. Damit ist allerdings der Scheitelpunkt, wie der Ausblick auf 2010 verdeutlicht, noch nicht erreicht.

S. 32

### 1.3 **Künftige Haushalte - einschneidendes Konsolidierungskonzept erforderlich**

Nach der Planung wird für 2010 in der **laufenden Rechnung** ein **Fehlbetrag** von mehr als **1,4 Mrd. €** erwartet. Allein für den Kernhaushalt sind **neue Schulden** von mehr als **2,3 Mrd. €** vorgesehen. Die **Gesamtverschuldung** wird bis Ende 2010 voraussichtlich auf mehr als **33 Mrd. €** steigen.

S. 27

S. 32

S. 38

S. 36/41

Die in den Jahren 2009 und 2010 zur Stützung der Konjunktur ergriffenen Maßnahmen sind zwar letztlich alternativlos, lassen aber die Staatsverschuldung dramatisch ansteigen. Deshalb bleibt zu hoffen, dass mit der im Grundgesetz verankerten "Schuldenbremse" eine wirksame Schuldenbegrenzung erreicht wird.

Nach der Neuregelung des Grundgesetzes müssen die Länder ihre Haushalte künftig ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichen. Eine strukturelle Verschuldung ist ihnen nicht mehr erlaubt. Sie können lediglich Ausnahmen für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notfälle vorsehen. Außerdem ist eine konjunkturbedingte Verschuldung zugelassen, die in wirtschaftlich guten Zeiten wieder abzubauen ist.

Wie das Land diese Vorgaben im Einzelnen umsetzen will, ist noch offen. Rheinland-Pfalz muss jedenfalls seine Haushalte ab 2020 grundsätzlich ohne neue Schulden aufstellen und vollziehen, sofern die Konjunkturentwicklung nicht von der Normallage abweicht oder Notfälle vorliegen. Daher sollte baldmöglichst ein tragfähiges Konzept zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt werden.

Dem Land bleiben nur noch zehn Jahre, um strukturbedingte Finanzierungslücken zu schließen. Um den notwendigen Konsolidierungsfahrplan aufstellen zu können, muss zunächst die Größenordnung des strukturellen Defizits konkretisiert werden.

## 2 **Unwirtschaftliche Organisation und überhöhter Personaleinsatz**

Ein sparsamer und wirtschaftlicher Umgang mit den Finanzen des Landes setzt eine zweckmäßige Organisation der Verwaltung und einen bedarfsgerechten Personaleinsatz voraus. Daher untersucht der Rechnungshof regelmäßig, ob Aufgaben ohne Qualitätseinbußen mit weniger Personal erledigt werden können:

- S. 62**

- Nach Einführung des elektronischen Grundbuchs bestehen bei den **Grundbuchämtern** des Landes erhebliche Personalüberhänge. Stellen von mindestens 55 Vollzeitkräften - das entspricht Personalkosten von 3,6 Mio. € jährlich - können abgebaut oder bei nachgewiesenem Bedarf in andere Bereiche der ordentlichen Gerichtsbarkeit verlagert werden.

Wenn die Grundbuchämter die bestehenden Leistungsunterschiede zum Anlass nehmen, vom "Besten zu lernen" und Geschäftsprozesse zu verbessern, können weitere Stellen eingespart werden.
- S. 140/  
142**

- Die **Zentralstelle der Forstverwaltung** unterhielt mehrere Servicestellen an verschiedenen Standorten. Hierdurch entstand vermeidbarer Verwaltungsaufwand. Die Aufgaben sind stärker zu konzentrieren und die Projekte sorgfältiger zu planen. Der Personaleinsatz ist an zum Teil rückläufige Aufgaben anzupassen. So können mittelfristig 20 besetzte Stellen mit Personalkosten von 1,5 Mio. € jährlich eingespart werden.
- S. 68/70**

- Das von den Ländern gemeinsam finanzierte **Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen** hatte 65 Mitarbeiter. Diese waren 52 Organisationseinheiten zugeordnet. Um die Aufgaben zu erfüllen, reichen elf Organisationseinheiten aus.

Werden die Aufbauorganisation gestrafft und die Arbeitsabläufe verbessert, können 16 Stellen mit Personalkosten von 1,3 Mio. € jährlich eingespart werden. Kosten lassen sich auch durch eine sachgerechte Bezahlung von Bediensteten senken.
- S. 72/73**

- S. 57**  
**S. 60**

- Für die Bearbeitung von Stundungs- und Erlassanträgen setzten die **Finanzämter** des Landes zu viele Arbeitskräfte ein. Insgesamt können 18 Vollzeitkräfte mit Personalkosten von mehr als 1 Mio. € in arbeitsintensiveren Bereichen der Steuerverwaltung eingesetzt werden.

Darüber hinaus kann die Arbeitsqualität verbessert und eine gleichmäßige Fallbearbeitung sichergestellt werden, wenn die Aufgaben zentral bei einer Vollstreckungsstelle je Finanzamt erledigt werden.
- S. 107**  
**S. 109**

- Für den Unterricht an den vier **Berufsbildenden Schulen Agrarwirtschaft** wurden zu viele Bedienstete der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum eingesetzt. Zehn Stellen des höheren Dienstes können eingespart werden. Das entspricht Personalkosten von 0,8 Mio. € jährlich.

Außerdem unterhielten die Schulen zu viele Standorte. Die Schuleinheiten waren wesentlich kleiner als die der übrigen Berufsbildenden Schulen. Die Zahl der Schulen sollte verringert und kleinere kostenintensive Schulstandorte sollten aufgegeben werden.
- S. 111/  
112**

- Das **Landeskriminalamt** kann Aufgaben zweckmäßiger erledigen, wenn Querschnittsaufgaben, wie die Beschaffung, zentralisiert und verwandte Aufgabenbereiche gebündelt werden. Darüber hinaus war der Personaleinsatz in den Geschäftszimmern der Abteilungen und in dem Sachbereich "Fotolabor/Fototechnik" überhöht. Mindestens fünf Stellen sind entbehrlich.
- S. 43/44**



### **3 Auch die Beibehaltung von Aufgaben muss überdacht werden**

**S. 134** Muss das Land die **Internationalen Studienkollegs** fortführen? Sie haben für Hochschulen und ausländische Studienbewerber nur geringe Bedeutung. Lediglich 1,1 % der Studierenden, die sich für das Wintersemester 2008/09 an rheinland-pfälzischen Hochschulen einschrieben, hatten ihre Berechtigung für den Hochschulzugang an einem Studienkolleg erworben. In der Regel berechtigt ein ein- oder zweijähriges Studium im Heimatland zur Aufnahme eines entsprechenden Studiums in Deutschland.

Die Ausgaben der Studienkollegs sind vergleichsweise hoch. Die durchschnittlichen Ausbildungskosten je Teilnehmer lagen deutlich über denen anderer Bildungseinrichtungen.

### **4 Ressourcen bedarfsgerecht einsetzen**

Die Prüfungen des Rechnungshofs zeigen, dass die Ressourcen des Landes nicht immer bedarfsgerecht eingesetzt wurden:

**S. 115** - Übernehmen Professoren besondere Aufgaben, so kann die Regellehrverpflichtung ermäßigt werden. Für Professoren an den **Fachhochschulen Koblenz, Trier und Worms** war diese Verpflichtung um durchschnittlich 18 % je Semester ermäßigt. Hochgerechnet auf alle Fachhochschulen des Landes entsprachen die Ermäßigungen der Regellehrverpflichtung von 123 Professoren oder Personalkosten von nahezu 10 Mio. €.

**S. 117  
118** Die Praxis bei der Gewährung von Deputatsermäßigungen war uneinheitlich. In einigen Fällen waren die Ermäßigungen nicht oder nicht in der bewilligten Höhe gerechtfertigt. Beispielsweise wurden an der Fachhochschule Trier Ermäßigungen für die Leitung von Laboren gewährt, obgleich die damit verbundenen Aufgaben, wie die Beschaffung von Geräten, Laboringenieuren hätten übertragen werden können.

- S. 120**
- Fortbildungsangebote der **pädagogischen Service-Einrichtungen** orientierten sich nicht immer am Bedarf der Zielgruppen, vor allem der Lehrkräfte und Schulen. Mangels Nachfrage fiel 2007 ein hoher Anteil der geplanten Veranstaltungen des Instituts für schulische Fortbildung und schulpsychologische Beratung aus.
- Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte wurden vielfach während der Unterrichtszeiten angeboten. Im Jahr 2007 entsprach der dadurch bedingte Vertretungsbedarf der Unterrichtsverpflichtung von 235 Lehrkräften. Deshalb sollte verstärkt unterrichtsfreie Zeit für die Fortbildung genutzt werden.
- S. 123/  
124**
- S. 46/47**
- **Beschaffung und Einsatz von Kraftfahrzeugen** der **Polizeibehörden** orientierten sich nicht immer am tatsächlichen Bedarf.
- Die **Kriminalpolizei** verfügte über 49 Observationsfahrzeuge, deren Kosten deutlich über denen der Standardfahrzeuge liegen. Das fachlich zuständige Ministerium hatte jedoch nur einen Bedarf von 40 Fahrzeugen festgelegt.
- S. 48**
- Geleaste Funkstreifenwagen waren uneinheitlich ausgelastet. Von den 2007 zurückgegebenen Fahrzeugen unterschritten rund ein Drittel die vertraglich vereinbarten Laufleistungen um insgesamt 1,8 Mio. km. Andere Fahrzeuge überschritten die Laufleistungen, in Einzelfällen um mehr als 100.000 km. Wird dem unterschiedlichen Bedarf der Dienststellen schon bei der Vertragsgestaltung stärker Rechnung getragen, lassen sich Mehraufwendungen vermeiden.
- S. 47**
- Nicht wirtschaftlich war auch, dass **zwei Polizeipräsidien** insgesamt zwölf Mehrzweckfahrzeuge nach Ablauf des Leasings zu Preisen erwarben, die deutlich über den Restwerten lagen. Wären gleich entsprechende Neufahrzeuge gekauft worden, wären die Kosten um mehr als 100.000 € niedriger gewesen.
- S. 48**
- Leasingraten von 558.000 € für digitale Videodokumentationsanlagen wären vermeidbar gewesen, wenn die **Polizeibehörden** - wie ursprünglich beabsichtigt - stattdessen die vorhandenen, ebenfalls geleasteten, analogen Geräte in Funkstreifenwagen eingebaut hätten.

## 5 Fördermittel - großzügiger Umgang und mangelhafte Überwachung

Werden Zuwendungen unwirtschaftlich oder nicht zweckentsprechend eingesetzt und nicht ordnungsgemäß überwacht, führt dies oft zu Nachteilen für diejenigen, deren Anträge wegen begrenzter Mittel abgelehnt oder zurückgestellt werden:

- S. 90** - Das Land fördert den Bau und den Ausbau von **kommunalen Verkehrsanlagen**. Kommunale Gebietskörperschaften bezogen vielfach nicht zuwendungsfähige Ausgaben in diese Förderung ein und nahmen hierdurch 330.000 € zu viel in Anspruch.
- S. 91/92** Die Stadt Worms erhielt für den Bau eines Park+Ride-Parkhauses mehr als 3,1 Mio. € Fördermittel. Die Förderung stand unter dem Vorbehalt einer zweckentsprechenden Nutzung und Auslastung. Bei Stichproben waren jedoch lediglich zwischen 25 % und 35 % der Parkplätze besetzt. Gelingt es der Stadt nicht, entsprechend der Vorgabe des Ministeriums das Parkhaus bis 2011 zu 80 % auszulasten, ist eine Rückforderung der Fördergelder zu prüfen.
- S. 95** - Zur **Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur** gewährt das Land Unternehmen und Fremdenverkehrsbetrieben Investitionszuschüsse oder zinsverbilligte Darlehen. Hierdurch sollen Investitionsanreize gesetzt werden, um Dauerarbeitsplätze zu schaffen oder vorhandene zu sichern.
- S. 97** In mehreren Fällen lagen die Voraussetzungen für eine Förderung nicht vor. Es ist zu prüfen, ob 3 Mio. € zurückgefordert werden.
- S. 96/97** Außerdem wiesen Unternehmen die zweckentsprechende Verwendung erhaltener Zuschüsse von 64 Mio. € und die Zahl der Dauerarbeitsplätze nicht oder nicht rechtzeitig nach.

- Das Land stellt Krankenhäusern für Investitionen jedes Jahr Fördermittel von mehr als 100 Mio. € bereit. Die zweckentsprechende Verwendung muss das **Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung** überwachen. Dieser Verpflichtung kam es nicht hinreichend nach. Es prüfte in der Regel nicht, ob die Krankenhäuser bei Beschaffungen das Vergaberecht eingehalten hatten. Lediglich in Fällen, in denen Aufträge europaweit auszuschreiben waren, führte das Landesamt örtliche Prüfungen durch. Soweit es in Einzelfällen Verstöße feststellte, zog es keine förderrechtlichen Konsequenzen.
- S. 76**
- S. 77**

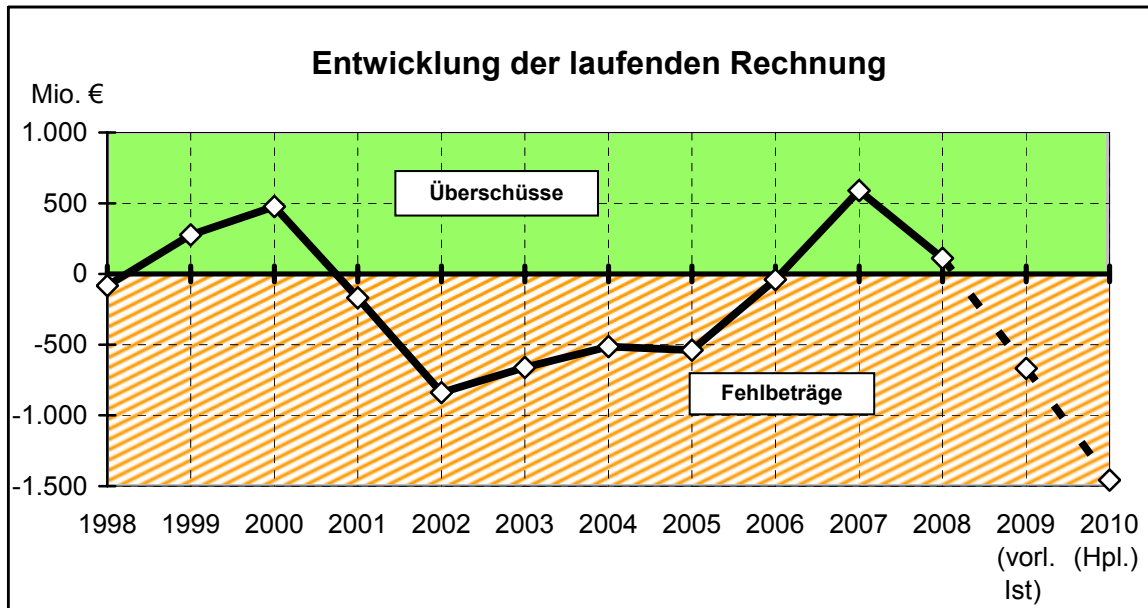
## **6 Strenge Ausgabendisziplin gilt auch für Gesellschaften mit Landesbeteiligung**

- Eine strengere Ausgabendisziplin gilt auch für Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist und die durch die öffentliche Hand gestützt werden. Diesen Grundsatz beachtete die **Nürburgring GmbH** nicht, als sie Anteile an der Camp4Fun GmbH & Co. KG kaufte, die einen Off-Road-Park betrieb. Der Kaufpreis von nahezu 1 Mio. € war angesichts des Substanzwertes von weniger als 100.000 € und der durchgehenden Verluste der Camp4Fun deutlich überhöht.
- S. 99**
- S. 101**

## Anhang Grafiken

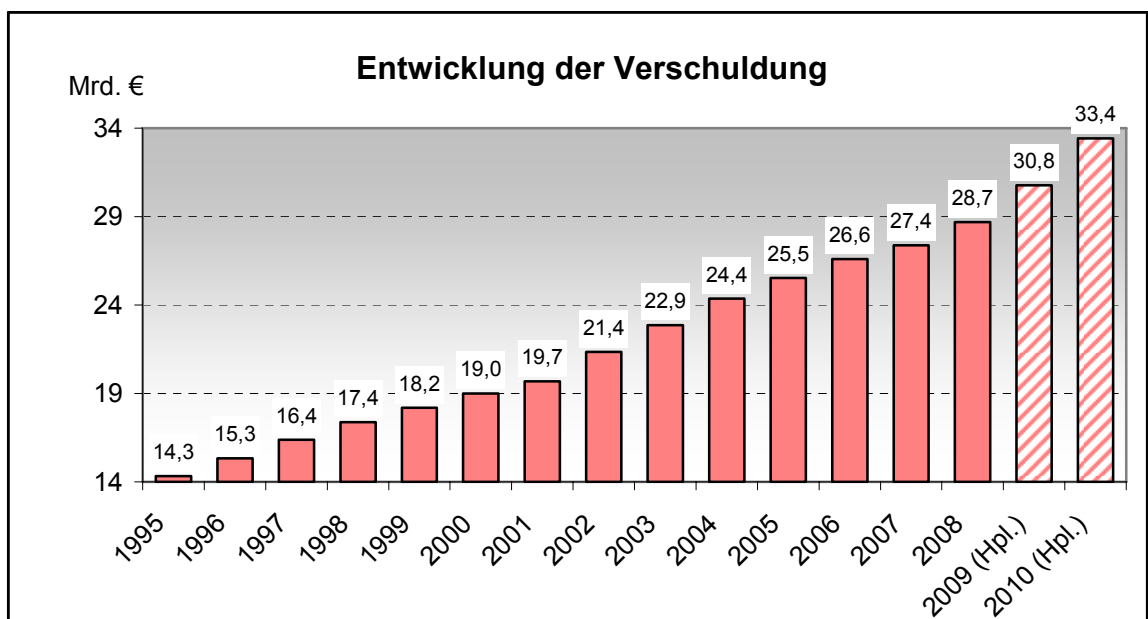
### Nr. 1 - laufende Rechnung

Die laufende Rechnung wies 2008 einen Überschuss von 112 Mio. € aus. Diese Mittel reichten bei Weitem nicht aus, die Investitionsausgaben und Rücklagenzuführungen zu decken. Nach dem vorläufigen Ergebnis schließt die laufende Rechnung 2009 mit einem Fehlbetrag von mehr als 660 Mio. € ab. Für 2010 wird nach der Planung ein Fehlbetrag von mehr als 1,4 Mrd. € erwartet.



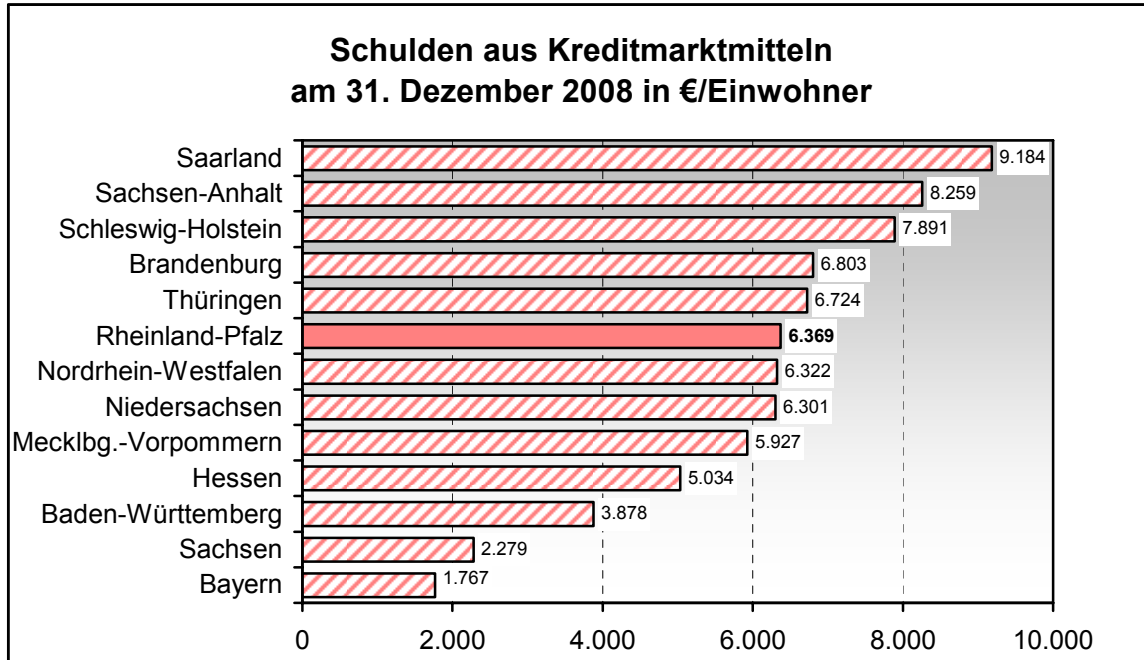
### Nr. 2 - Schulden aus Kreditmarktmitteln

Die Schulden des Landes haben sich von 1995 bis 2008 verdoppelt. Bis Ende 2010 steigen sie voraussichtlich auf mehr als 33 Mrd. €.



### Nr. 3 - Pro-Kopf-Verschuldung

Mit 6.369 € je Einwohner lag Ende 2008 die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes um mehr als 25 % über dem Durchschnitt aller Flächenländer (5.082 €/Einwohner).



### Nr. 4 - Finanzierungsdefizite

Das Finanzierungsdefizit gibt einen Anhaltspunkt dafür, wie schwer es werden wird, den grundgesetzlichen Vorgaben gerecht zu werden und bis 2020 das strukturelle Defizit im Landeshaushalt vollständig abzubauen. Das Defizit betrug 1998 bis 2010 durchschnittlich nahezu 1,1 Mrd. € jährlich.

